Johannes Angermuller (2014): "Hochschulpolitische Positionierungen der Parteien im hegemonialen Wandel Die Subjektpositionenanalyse im Makro-Meso-Mikro-Forschungsdesign". In: Martin Nonhoff, Eva Herschinger, Johannes Angermuller, Felicitas Macgilchrist, Martin Reisigl, Juliette Wedl, Daniel Wrana, Alexander Ziem: *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 2: Methoden und Analysepraxis Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse*. Bielefeld: transcript, S. 113-139

##### Hochschulpolitische Positionierungen der Parteien im hegemonialen Wandel

Die Subjektpositionenanalyse

im Makro-Meso-Mikro-Forschungsdesign

*Johannes Angermuller*

**Abstract:** *Dieser Beitrag stellt das Vorgehen der Subjektpositionenanalyse vor – einen Ansatz, mit dem die Konstruktion parteipolitischer Akteure im Zeitungsdiskurs ange- sichts einer unternehmerischen Hegemonie im Bereich der Hochschulpolitik 1994-2010 untersucht wird. Das bevorzugte Medium der Subjektpositionenanalyse sind schriftliche Texte, die mit Blick auf Verweise auf individuelle und kollektive Sprech- und Handlungs- instanzen analysiert werden. In einem dreistufigen Forschungsdesign wird der Wandel diskursiver Ordnung im Bereich der Hochschulpolitik untersucht. In einem ersten, ma- kroanalytischen Schritt werden mit den explorativen Instrumenten der Textstatistik se- mantische Strukturen in einem großen Korpus von Pressetexten erschlossen. Dann wird hieraus eine Textsammlung zu zwei Momenten hoher diskursiver Intensivität ausge- wählt, auf die in einem zweiten, mesoanalytischen Schritt qualitative Kodierstrategien mit dem Ziel der Kategorisierung der explizit genannten Akteure und Themen ange- wandt werden. In einem dritten, mikroanalytischen Schritt werden einzelne, besonders signifikante Textausschnitte einer Aussagenanalyse unterzogen. Mit dieser Analysetech- nik werden kurze Textpassagen systematisch mit Blick auf sprachliche Marker der Poly- phonie abgesucht, die die LeserInnen über die Beziehungen zwischen den expliziten und impliziten Sprechern des Diskurses instruieren. Während die Makroanalyse die semanti- schen Strukturen des Diskurses explorativ erschließt, trägt die Mikroanalyse der pragma- tisch-kommunikativen Dimension des Diskurses Rechnung, indem sie die Positionierung der Sprecher zueinander analysiert. Bestimmte Subjektpositionen erweisen sich dann als hegemonial, wenn sie sowohl in semantischer als auch in kommunikativer Hinsicht ihren etablierten Ort im Diskurs finden.*

1. **Einleitung: Zur Konstruktion von Subjektpositionen im Diskurs**

Was hat eine Popmusikerin, die in ihrem Konzert gegen Rassismus mobilisiert, mit einem Unternehmenschef zu tun, der in einer Presseerklärung die Wirtschaftspoli- tik einer Regierung kritisiert?1 Beide nehmen Positionen im politischen Diskurs ein, und zwar nicht nur für und gegen bestimmte Inhalte, wie etwa gegen die Dis- kriminierung von Minderheiten und gegen hohe Steuern und Abgaben, sondern auch für und gegen andere Akteure, etwa für tolerante und steuersenkende Regie- rungen und Parteien. Ohne eine Positionierung im Diskurs würden sich ihre For- derungen im weißen Rauschen massenmedialer Kommunikation verlieren und die Akteure würden in der grauen Masse der Stimmlosen und Unsichtbaren aufgehen. Um am Diskurs teilzunehmen, kommen die Beteiligten nicht umhin, Positio- nen einzunehmen – als jemand an einem bestimmten Ort und zu einem bestimm- ten Zeitpunkt, und zwar ganz gleich, ob diese Positionen bewusst intendiert oder strategisch angestrebt werden oder nicht. Der Diskurs ist eine Positionierungspra- xis, in der Positionen in kommunikativen Dynamiken konstruiert werden, die von den Beteiligten nicht kontrolliert werden. Diese Positionen können in Face-to-Face- Interaktionen entstehen, z.B. bei der Bestellung eines Kuchens im Café, bei der definiert werden muss, wer Kellner ist und wer Gast. Aber Positionen können auch in größeren Gemeinschaften etabliert und festgeschrieben werden, z.B. bei dem Aufruf zur Wahl einer Partei, der nicht gelingen kann, ohne dass definiert wird,

wer die aufrufende Instanz und wer die Wahlberechtigten sind.

Ein Wahlaufruf ist ein Beispiel für einen politischen Diskurs, in dem für ande- re in großen Gemeinschaften gesprochen oder gehandelt wird. Um Positionen im politischen Diskurs durchzusetzen, müssen in der Regel besonders viel Zeit, Ener- gie und Ressourcen (z.B. Geld, organisierte Gruppen, PR-Berater etc.) in Bewegung gesetzt werden, geht es doch darum, Positionen in großen sozialen Räumen zu eta- blieren. So überrascht es nicht, wenn im politischen Diskurs bestimmte Positionen zum Zuge kommen, andere dagegen nicht.

Das Problem der Subjektpositionen kann sich sowohl im Rahmen einer Inter- aktionssituation als auch auf einer gesellschaftsübergreifenden Ebene stellen, denn Subjektpositionen müssen in der Regel zwischen kopräsenten Diskursteilnehme- rInnen interaktiv ausgehandelt *und* in großen Diskursgemeinschaften verfestigt werden. Speziell der politische Diskurs stellt sich als eine Positionierungspraxis dar, die individuelle (z.B. PolitikerInnen) und kollektive Akteure (z.B. Parteien) hervor- bringt, denen flüchtigere (»symbolische«) und festere (»institutionelle«) Positionen zugeschrieben werden, zumindest für den politischen Diskurs im engeren Sinn,

d.h. die kommunikativen Prozesse unter den Akteuren des parteipolitischen Felds. Ganz gleich ob die DiskursteilnehmerInnen über größere oder weniger große räumliche und zeitliche Distanzen miteinander zu tun haben, immer stehen sie vor der praktischen Herausforderung, die zahllosen Stimmen, mit denen Texte in einem Diskurs operieren, auf eine begrenzte Zahl von Subjektpositionen zu redu- zieren und die offene, flüssige und heterogene Mannigfaltigkeit (das »Soziale«) in eine strukturierte verfestigte Ordnung (die »Gesellschaft«) zu bringen. Mit Hilfe

1. | Der Autor dankt Ann-Kathrin Stoltenhoff und Johannes Schmees für ihre hilfreichen Kommentare.

von Texten treten die TeilnehmerInnen in den Diskurs als einer andauernden Posi- tionierungspraxis ein, durch die einige ihren Platz als mit Sichtbarkeit, Legitimität und Agency ausgestattete Subjekte finden und viele nicht. Über Diskurse werden die TeilnehmerInnen eines Praxisfelds koordiniert und in Beziehung gesetzt, und zwar in Face-to-Face kommunizierenden Kleingruppen und in großen Populatio- nen (vgl. Angermüller 2010; Angermuller 2013, 2014).

Am Beispiel der Debatte, die in Deutschland zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2010 über die Hochschulreform geführt wird, skizziert dieser Beitrag das Vor- gehen der Subjektpositionenanalyse, die sprachliches Material, d.h. schriftliche, mündliche, multimodale Texte als ein Medium diskursiver Positionierungsprak- tiken untersucht. Theoretisch fußt die Subjektpositionenanalyse auf konstrukti- vistischen Zugängen zum Diskurs, denen der Diskurs als konstitutiv für soziale Realität gilt. Diskursive Praxis hat demnach mehr als eine sinngebende Funktion: Soziale Strukturen und ihre Akteure werden im Diskurs nicht einfach in sozialen Sinn getaucht; der Diskurs als Positionierungspraxis bringt sie vielmehr hervor.

Die Subjektpositionenanalyse wird von konstruktivistischen Theorien der Sub- jektivität in den Sozial- und Sprachwissenschaften inspiriert, namentlich von Post- strukturalismus und Interaktionismus, und operiert mit Instrumenten der sprach- wissenschaftlichen Analyse wie der Pragmatik.

* Poststrukturalistische DiskurstheoretikerInnen begreifen Subjektivität ge- meinhin im Sinne der Autor- und Humanismuskritik als eine diskursiv kons- truierte Illusion innerer Einheit. Im Diskurs werden Subjekte durch Akte der Anrufung hervorgebracht (Althusser 1995; Butler 1997) bzw. werden Subjekte in dialogisch-polyphonen Diskursen konstituiert (Bachtin 1985). Sie zeichnen sich durch eine konstitutive Spaltung aus (Lacan 1971), die es durch diskursive Praktiken zu vernähen gilt (Laclau/Zac 1994; vgl. Angermuller/Wedl in Teil 1).
* Interaktionistische Theorien von Identität begreifen das Selbst als das praktisch erzeugte Produkt von Aushandlungsprozessen (Mead 1967). Identitäten erwei- sen sich demnach als situationsabhängige Konstrukte (Strauss 1959; Edwards/ Potter 1992). Es geht um die Kategorisierung von TeilnehmerInnen einer Kon- versation als Mitglieder eines Praxiszusammenhangs (Sacks 1986; vgl. Anger- muller/Wedl in Teil 1).
* Linguistisch-pragmatische Ansätze schließlich behandeln die Frage, wie sich As- pekte der Subjektivität (*stance, attitude, appraisal*) sprachlich realisieren. Während funktionale Richtungen (Halliday 1978; Fairclough 1992; van Leeuwen 2008; Eh- lich 2007) ihren Ausgang von sprachlichem Handeln bzw. sozialen Praktiken nehmen, begreifen enunziative bzw. äußerungstheoretische Ansätze Subjektivi- tät als einen Effekt des Sprachgebrauchs (Bühler 1965; Benveniste 1974; Rabatel 1998; Angermuller 2013; vgl. Reisigl/Ziem und Angermuller in Teil 1).

Als konstruktivistisch können diese Richtungen insofern gelten, als sie die Indivi- duen und ihre Identitäten oder Subjektivitäten als ein Produkt diskursiver Praxis verstehen. Auf Grund disziplinärer und nationaler Trennungen – etwa zwischen linguistischen und soziologischen oder zwischen nordamerikanischen und konti- nentaleuropäischen Traditionen – wurde der gemeinsame antihumanistisch-pra-

xistheoretische Nenner von diskursanalytischen Pionieren wie Michel Foucault (1994) und Erving Goffman (2005) lange ausgeblendet.2

Im Folgenden sollen hegemoniale Positionierungen von Parteien im Hoch- schulreform-Diskurs in Deutschland untersucht werden. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass bei der Entstehung einer hegemonialen Position in der Regel zwei Prozesse ineinandergreifen: erstens die semantische Etablierung der Position mit Hilfe eines Namens oder einer Bezeichnung (z.B. »CSU«, »Stoiber«, »LMU- Präsident«), die mit einem Bündel bestimmter Attribute versehen wird, und zwei- tens die kommunikative In-Beziehung-Setzung zu anderen Positionen nach Nähe (»Äquivalenz«) und Ferne (»Differenz«). Eine Position kann dann als hegemonial im politischen Diskurs gelten, wenn sie sowohl semantisch etabliertes Wissen im Diskurs aufruft als auch gegenüber anderen Positionen eine kommunikativ dis- tinktive Position einnimmt. Ersteres lässt sich ablesen an den Häufigkeiten der auf- gerufenen Namen und Bezeichnungen, wie sie mit korpusanalytischen Techniken ermittelt werden können; letzteres erfordert dagegen eine pragmatische Analyse der polyphonen Sprecherverweise auf der Ebene von Aussagen.

Wie die folgende Untersuchung eines Korpus mit Presseartikeln zum Hoch- schulreformdiskurs zeigen wird, können die entsprechenden parteipolitischen Positionen semantisch-lexikalisch stark etabliert, pragmatisch-kommunikativ da- gegen schwach definiert sein (Beispiel SPD). Oder umgekehrt kann eine Position in der Diskussion nur ausnahmsweise Gehör erhalten und über ein geringes se- mantisches Profil verfügen, provoziert aber dann stark subjektiv eingefärbte Stel- lungnahmen, wenn sie sichtbar wird (Beispiel FDP). Eine Analyse hegemonialer Subjektpositionen kann demnach nicht bei der quantitativen Erfassung der Ak- teure der politischen Auseinandersetzung stehenbleiben, sondern muss auch die polyphon-dialogischen Sprecherkonfigurationen auf der Ebene der Aussagen des Diskurses in den Blick nehmen, durch die ihre Position gegenüber den anderen im Diskurs definiert wird.

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, makro- und mesoanalytische Ins- trumente wie die Korpusanalyse und qualitative Kodierung für die explorative Erschließung eines größeren Diskursausschnitts zu kombinieren, bevor ein mi- kroanalytisches Vorgehen wie die Aussagenanalyse die genauen Beziehungen zwi- schen den expliziten und impliziten Sprechern des Diskurses bestimmt. So werden im folgenden Makro-Meso-Mikro-Forschungsdesign auf höheren Aggregatsebenen des Diskurses (d.h. auf der Ebene von Korpora und Texten) Hypothesen zur diskur- siven Positionierung von Akteuren generiert, die dann auf unteren Ebenen (auf der Ebene von Passagen und Aussagen) mit Blick auf die Sprecherpositionierungen überprüft werden. Auf diese Weise wird die Verbindung hypothesengenerierend- quantifizierender und hypothesentestend-qualitativer Instrumente, wie sie für die sozialwissenschaftliche Korpusanalyse typisch ist (vgl. Angermüller/Scholz 2013; Mattissek 2008), zu einem mehrstufigen Forschungsdesign erweitert, in dem

1. | Eine Vielzahl weiterer verstreuter Quellen der Positionierungstheorie finden sich in Phi- losophie (Searle 1992; Hermans/Konopka 2010), Soziolinguistik (Gumperz 1982; Schiffrin 1994), linguistischer Anthropologie (Agha 2005), Soziologie (Bourdieu 1982; Desrosières/ Thévenot 2002) und Sozialpsychologie (Harré/Davies 1990; Leudar/Nekvapil 2004; Castel/ Salès-Wuillemin/Lacassagne 2011), vgl. auch Macgilchrist (2011), Wrana (2012) oder Zien- kowski und Porsché in Teil 4.

explorative korpusanalytische Instrumente (Biber/Conrad/Reppen 1998; Teubert 2010; Bubenhofer 2009), einer aussagenanalytischen Untersuchung von Sprecher- Positionierungen vorgeschaltet sind (Angermüller 2007). Ziel dieses Verfahrens wird es sein, die Positionen der Parteien in den hegemonialen Auseinandersetzun- gen um die Hochschulpolitik vor den Bundestagswahlen 1998 und 2009 genauer zu beleuchten.

Die folgende Tabelle 1 gibt das Forschungsdesign synoptisch wieder. Die erste, explorative Phase zielt auf eine Analyse der semantischen Makroorganisation eines Korpus von 2677 Presseartikeln aus 116 Presseorganen zum Hochschulreformdis- kurs 1994-2010 mit Hilfe textstatistischer Instrumente. Vor dem Hintergrund der textstatistischen Ergebnisse werden dann 348 Artikel einer Zeitung (*Süddeutsche Zeitung*) aus zwei Vergleichszeiträumen mit Momenten hoher diskursiver Inten- sität (1997-1998 und 2008-2009) ausgewählt und in einer zweiten, mesoanaly- tischen Phase mit den computergestützten Techniken des »Kodierparadigmas« genauer beleuchtet. Mit qualitativen Kodierstrategien werden Kategorien für die verhandelten Themen und Inhalte gebildet und die explizit genannten Akteure klassifiziert. Die Ergebnisse dieser mesoanalytischen Phase führt dann zur Aus- wahl einzelner Artikel für die dritte, mikroanalytische Phase, in der die Beziehun- gen zwischen den expliziten und impliziten Sprechern des Diskurses analysiert werden. In enunziativ-pragmatischen Mikroanalysen wird gezeigt, wie vor dem Hintergrund der vielen Stimmen des hochschulpolitischen Diskurses bestimm- te hegemoniale Subjektpositionen entstehen, denen bestimmte Inhalte und eine bestimmte Handlungsmacht zugerechnet werden. Auf diese Weise wird der he- gemonietheoretische Ansatz (Nonhoff 2006) um eine enunziativ-pragmatische Perspektive (Angermüller 2007) erweitert. Damit wird gegenüber den in Deutsch- land gemeinhin dominierenden inhaltsbezogenen Perspektiven3 auf den Diskurs die Rolle pragmatisch-kommunikativer Perspektiven unterstrichen, wie sie insbe- sondere in der angloamerikanischen, aber auch in der französischen Diskussion dominieren.

1. | In Deutschland legen insbesondere die Kritische Diskursanalyse (Jäger 2012) und die wissenssoziologische Diskursanalyse (Keller 2005) den Fokus auf inhaltliche Dimensionen des Diskurses. Während Erstere den Blick auf die Inhalte richtet, um die Rolle gesellschaft- licher Antagonismen und Machtverhältnisse in der sozialen Sinnproduktion zu beleuchten, zielt Letztere auf eine Rekonstruktion intersubjektiv geteilten Sinns. Letztere hängt einem affirmativen Begriff von Sinn an, der in den deutschen Geisteswissenschaften auf eine lange Tradition blickt. Sinn ist demnach das sozial geteilte Produkt einer organischen Verstehens- gemeinschaft und ihrer intuitiven Auslegungspraxis. Doch muss die Analyse sozialen Sinns heute nicht mehr in die Dunkelkammer interpretativ-hermeneutischer Kunstlehren verscho- ben werden. Mit analytischen Techniken, wie sie in den modernen Sprachwissenschaften verbreitet sind, lassen sich die sozialen und sprachlichen Regeln und Zwänge aufdecken, nach denen Sinn erzeugt und verstanden wird. Im Folgenden wird die Korpusanalyse für die Analyse semantischer Aspekte, die Technik der Aussagenanalyse für die Analyse pragmati- scher Dimensionen der Sinnproduktion herangezogen.

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  |  |  |  |  |  |
| **Analyse‑ schritt** | **Analyse‑ einheit** | **Methodi‑ sches Vor‑ gehen** | **Theoreti‑ scher Hinter‑ grund** | **Analyseziel** | **Funktion** |
| Makro | Korpora und Korpus-  partitionen (>1000  Texte) | Lexikome- trie, Text- statistik | Struktu- ralismus, Distributio- nalismus | Über- und Unterreprä- sentation bestimmter Wortformen in bestimm- ten Partitio- nen | explorativ und hypo- thesengene- rierend |
| Meso | Texte (100-  1000 Texte) | Computer- gestützte Kodierung | Grounded Theory, Kodierpara- digma | Sortierung von Themen und Inhalten | Hypothesen- generierend und hypo- thesenüber- prüfend |
| Mikro | Aussagen (eine Aus- sage bis eine Seite) | Aussagen- analyse | Enunziative Pragmatik | Analyse von Sprecher- haltungen,  -positionen und -bezie- hungen | Hypothesen- überprüfend |

*Tabelle 1: Das Makro-Meso-Mikro-Forschungsdesign im Überblick*

Der vorliegende Beitrag zielt auf eine systematische Erfassung parteipolitischer Sub- jektpositionen im hochschulpolitischen Diskurs in deutschen Zeitungen vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen 1998 und 2009. Die Frage ist, welche Positionen Parteien und ihre VertreterInnen in dieser Zeit vertreten. Inwiefern wird welches hoch- schulpolitische Profil sichtbar? Während die FDP, so wird zu zeigen sein, über kein eigenes hochschulpolitisches Profil verfügt und im gesamten Zeitraum besonders vie- le kritische Kommentare der JournalistInnen provoziert, schreiben sich in den 1990er Jahren besonders einige VertreterInnen der Union ein unternehmerisches Programm für die Hochschulpolitik auf die Fahnen. Dagegen durchläuft die SPD im Untersu- chungszeitraum einen deutlichen Wandel, der sich darin zeigt, dass Akteure, die der SPD zugerechnet werden, über die Zeit hinweg immer weniger zu Wort kommen.

Offenbar reicht es für die Ausbildung einer hegemonialen Position im politi- schen Diskurs nicht, eine wichtige Position in einem *semantischen* Feld einzuneh- men. Weil sich VertreterInnen der SPD nicht eindeutig zur Marktrhetorik verhal- ten, besetzen sie in der *kommunikativen* Ordnung des Hochschulreformdiskurses keinen eigenen Platz. Dies scheint ein wichtiger Grund für den Niedergang zu sein, den die SPD im hochschulpolitischen Feld nach der gewonnenen Bundestagswahl von 1998 erlebt. Hingegen scheinen gerade in den späten 1990er Jahren die markt- orientierten Positionen von Hochschulpolitikern der CDU und insbesondere der CSU wie Jürgen Rüttgers, Edmund Stoiber und Thomas Zehetmair so hegemonial zu sein, dass sie nicht immer explizit und mit Namen genannt werden müssen.

Es ist das Ziel des vorliegenden Beitrags, das methodische Instrumentarium - Korpusanalyse, Kodieren und Aussagenanalyse - vorzuführen, mit dem diese The- sen gewonnen und überprüft werden konnten.

1. **Der Diskurs über die Hochschulreform als Gegenstand empirischer Diskursforschung**

Nach zwei Jahrzehnten eines relativen hochschulpolitischen Reformstillstands werden Wissenschaft und Hochschulen seit Mitte der 1990er wieder ein wichtiges Thema der politischen Debatte. Konzentriert sich die Diskussion zunächst auf die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG), geht es ab ca. 2003 verstärkt um den Bologna-Prozess. Einer Reihe von Akteuren bietet das wiedergefundene In- teresse an der Hochschulpolitik den Anlass, sich in der massenmedialen Öffentlich- keit mit ihren Vorstellungen zu präsentieren, insbesondere den Parteien und ihren VertreterInnen, die in diesem wahlrelevanten Politikbereich mit ihren Positionen zu punkten versuchen.

Den Beteiligten des Hochschulreformdiskurses stehen eine Reihe von Kanälen zur Verfügung. Während sie etwa über Hausbesuche und Diskussionsveranstaltun- gen nie mehr als einen kleinen Teil der politischen Öffentlichkeit erreichen, eignet sich ein so spezialisiertes und voraussetzungsvolles Thema wie die Hochschulreform kaum für die audiovisuelle Darstellung im Fernsehen. Das Thema der Hochschulre- formen wird bevorzugt in den Printmedien behandelt, insbesondere in so genannten Qualitätszeitungen, in denen parteipolitische Positionen systematisch und regelmä- ßig abgebildet werden (zumindest bis zum Aufstieg des Internetjournalismus Ende der Nullerjahre). Über Pressetexte können zahlreiche DiskursteilnehmerInnen mo- bilisiert und über größere Distanzen koordiniert werden. Pressetexte sind ein wichti- ges Medium, mit dem hochschulpolitische Akteure in diskursive Ordnung gebracht werden.

**2.1 Der Diskurs aus makroanalytischer Sicht:**

**die textstatistische Analyse eines Korpus von Pressetexten**

Für die Erschließung eines schriftbasierten Diskurses wie des Pressediskurses zu den Hochschulreformen können unterschiedliche Strategien angewandt werden. Um einen inhaltlichen Überblick über den Diskurs zu bekommen, ist es am bes- ten, die einschlägigen Texte zu *lesen*, denn keine Maschine kann dem komplexen vielschichtigen Sinn von Texten besser gerecht werden als wirkliche LeserInnen. Das Problem ist, dass Diskurse oft mehr Texte mobilisieren, als von einer einzelnen LeserIn überblickt werden können, und dies gilt insbesondere für einen Diskurs wie den über die Hochschulreformen in Deutschland, weshalb die Analyse mit den explorativen Instrumenten der Textstatistik beginnt.

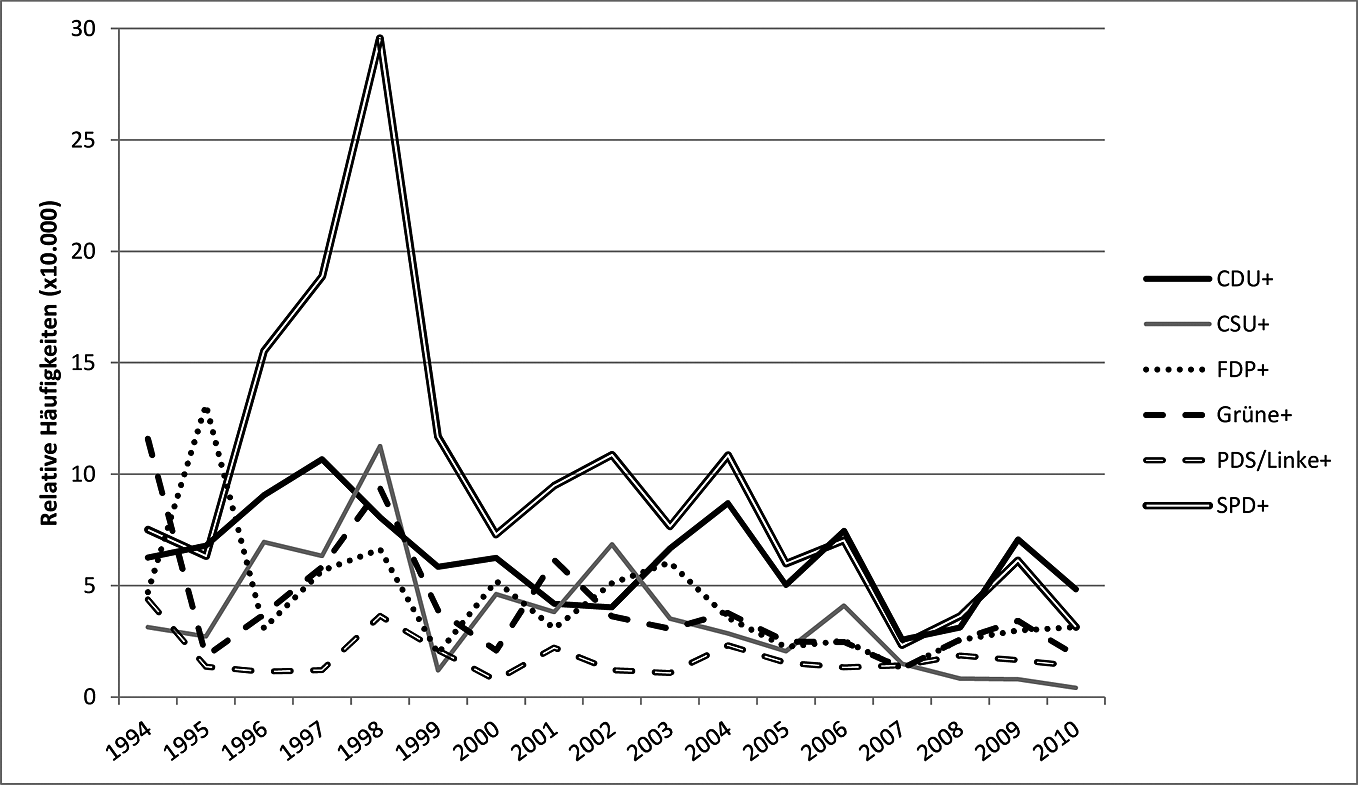
Es wurden 116 deutschsprachigen Zeitungen, darunter Leitmedien wie *Frank- furter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Frankfurter Rundschau* (FR), *Welt*, *Süddeutsche Zei- tung* (SZ), *Spiegel*, *Zeit* und zahlreiche regionale Zeitungen sowie einzelne Online- medien ausgewählt, die elektronisch verfügbar sind (vgl. ausführlicher den Beitrag

von Mattissek/Scholz in Teil 4, der weitgehend mit dem gleichen Korpus arbeitet).4 In diesen 116 Zeitungen erscheinen zwischen 1994 und 2010 insgesamt 2677 Arti- kel, die das Syntagma *hochschulreform\** beinhalten. Das entspricht einem Umfang von knapp 3 Millionen Okkurrenzen5. Diese Artikel erfassen die öffentliche Dis- kussion zum Thema der Hochschulreform nur teilweise. So etabliert sich ab Mitte der Nullerjahre der Terminus *Bologna-Prozess*, der den Umbau des hochschulpoli- tischen Felds, besonders im Bereich der universitären Lehre bezeichnet. Eine wei- tergehende Untersuchung müsste klären, welche weiteren Schlagworte das Thema der Hochschulreform aufrufen, wovon ich hier jedoch aus pragmatischen Grün- den absehen muss.

Um mit einer Textmenge umzugehen, die wie die Texte zu den Hochschulre- formen in Deutschland nicht mehr händisch, durch bloßes Lesen bewältigt werden kann, bietet es sich an, in einem ersten Schritt eine textstatistische Auswertung vorzunehmen. Die Stärke textstatistischer Programme wie LEXIKO3 WordSmith oder Alceste liegt in der Transparenz des Vorgehens. Sie operieren zumindest an- fangs mit »rohen« Wortformen, deren Bedeutungen tendenziell eingeklammert bleiben. Gleichwohl muss auch hier interpretiert werden, aber der Moment der Interpretation wird tendenziell an das Ende des Forschungsprozesses verschoben (vgl. Lebart/Salem 1994).

Für die Kompilierung des Korpus greife ich auf die Datenbank- und Analyse- software Ingwer zu, in die alle 2677 Texte eingespeist wurden, um sie von Ingwer im LEXICO3-Format oder anderen Formaten auszugeben. Mit LEXICO3 habe ich dann das Vokabular des Korpus untersucht, indem ich es in unterschiedliche Par- titionen aufgeteilt (v.a. Datum und Zeitung) und deren Verteilungen von bestimm- ten Wortformen bestimmt habe. Gegenüber dem lexikometrischen Vorgehen, das wie im Beitrag von Mattissek/Scholz (Teil 4) auch Spezifitäten und Korrelationen analysiert, beschränke ich mich auf eine textstatistische Darstellung von relativen Häufigkeiten im zeitlichen Verlauf und unterstreiche die heuristische Funktion der von mir benutzten Textstatistik, mit der ein erster Überblick über den Diskurs gewonnen wird.6 Mit LEXICO3 konnte ich mit dem vorbereiteten Korpus folgende Verteilung parteipolitischer Subjekte im Hochschulreformdiskurs gewinnen. Ab- bildung 1 gibt die relativen Häufigkeiten (Zahl der Vorkommnisse einer Wortform geteilt durch die absolute Zahl der Okkurrenzen multipliziert mit 10.000) der Wort- gruppen zu den im Bundestag vertretenen Parteien zwischen 1994 und 2010 an.

1. | Das Korpus wurde von Kristin Kuck und Ronny Scholz im Rahmen des DFG Projekts »Me- thoden und Methodologien der Diskursanalyse« vorbereitet und auf die Ingwer-Installation von [www.diskursanalyse.net](http://www.diskursanalyse.net/) eingestellt. Ingwer wurde von DiskursNetz-Mitgliedern in Zu- sammenarbeit mit der Semtracks GmbH (geleitet von Noah Bubenhofer) entwickelt, um gro- ße Textmengen wie dieses Hochschulreformkorpus zu verwalten und mit computergestütz- ten Instrumenten zu analysieren. Das Programm LEXICO3 wurde an der Université Paris III entwickelt.
2. | Als Okkurrenz bezeichnet man eine Zeichenfolge zwischen zwei Leerzeichen.
3. | Mit LEXICO3 kann man relative Häufigkeiten von Zeichenfolgen vergleichen, die wie *SPD, CDU* oder *FDP* auf bestimmte kollektive Akteure der Parteipolitik verweisen. Sicher werden parteipolitische Positionen nicht allein über diese Abkürzungen bezeichnet. Diesem Problem begegne ich mit der Gruppierung von Wortformen, die etwa *PDS, Linke, Linken* und einige andere Syntagma zu einer Gruppe PDS+ zusammenfasst.



*Abbildung 1: Relative Häufigkeiten der Wortgruppen zu im Bundestag vertretenen Parteien im gesamten Hochschulreform-Korpus 1994-2010*

Nach einem Höhepunkt im Bundestagswahljahr 1998 gehen die relativen Häufig- keiten der Nennungen von Parteinamen allmählich zurück. Auf Grund der bis 2009 steigenden absoluten Zahl der Artikel zur Thematik kann angenommen wer- den, dass die hochschulpolitische Berichterstattung über die Zeit hinweg allmäh- lich weniger auf Parteipositionen Bezug nimmt. Es liegt die Vermutung nahe, dass in den zwei Jahren, bevor Rot-Grün im Bund das Ruder übernimmt, der Diskurs über die Hochschulreformen 1997/1998 eine dominante Rolle spielt, und zwar als Reaktion auf die von Bildungsminister Jürgen Rüttgers und einigen Landespoliti- kerInnen angestoßenen Diskussion über die Novellierung des Hochschulrahmen- gesetzes sowie die Novellierung des bayerischen Landeshochschulgesetzes. Eine zweite, wenn auch relativ wenig ausgeprägte Spitze kann 2009 ausgemacht wer- den, dem Jahr, als die Kritik am Bologna-Prozess ihren Höhepunkt erfährt und Schwarz-Gelb die Bundestagswahl gewinnt. Aus dem Verlauf der SPD-Kurve in Abbildung 1 kann man die These ableiten, dass die SPD im Vorfeld der Bundes- tagswahl von 1998 im Bereich der Hochschulpolitik eine besondere Sichtbarkeit genießt, die sie bis 2009 jedoch einbüßt. Diese These soll im Folgenden überprüft werden.

Um ein genaueres Bild über die Entwicklung der Positionierungen der Partei- en im hochschulpolitischen Diskurs zu erhalten, gilt es einen genaueren Blick in die Texte zu werfen. Ich beschränke mich auf zwei vergleichbare Zeiträume: zwei- mal zwei Jahrgänge (1997/1998 und 2008/2009), in der sich das von den Parteien diskutierte Hochschulreformthema durch hohe diskursive Intensität auszeichnet, und zwar vor den Bundestagswahlen von 1998 und 2009 der SZ, die über die hoch- schulpolitische Debatte ausführlicher als alle anderen Tageszeitungen berichtet: Die SZ-Artikel haben einen Umfang von über einer halben Million Okkurrenzen, gefolgt von der FAZ mit einer knappen halben Million. Auf Grund des durchschnitt- lich längeren Artikelumfangs ist die Zahl der FAZ-Artikel zur Hochschulreform jedoch niedriger als in der SZ. Es folgen Welt, taz, FR und Zeit, die jeweils auf ca.

200.000 Okkurrenzen kommen. Der Rest, ca. eine Million Okkurrenzen, verteilt sich auf die weiteren gut hundert in unserem Korpus vertretenen Zeitungen.

Sicher kann die SZ als eine Tageszeitung mit linksliberaler Orientierung und einem Schwerpunkt auf bayerischer Landespolitik die Tendenzen im hochschul- politischen Diskurs nicht repräsentativ abbilden. Die Aufstellung in Tabelle 2 zeigt jedoch, dass das Verhältnis der Häufigkeiten der in der SZ genannten Parteien in etwa den Verhältnissen im Gesamtkorpus entspricht, und nur die CSU – wie zu erwarten – verhältnismäßig stärker vertreten ist. In der Periode 2008/2009 ist ein Rückgang der relativen Zahlen für alle Parteien gegenüber 1997/1998 zu konstatieren. Dieser Rückgang fällt stärker aus als in anderen Zeitungen, aber er erscheint etwas weniger dramatisch, wenn man berücksichtigt, dass sich bis 2008/2009 *Bologna-Prozess* als eine Bezeichnung für Reformen im hochschul- politischen Feld durchgesetzt hat und *Hochschulreform* teilweise zu verdrängen er- scheint (vgl. Angermüller/Scholz 2013: 293ff.). Auch wenn man 2008/2009 die 149 Artikel zur Grundlage nimmt, die *hochschulreform\** und *bologn\** enthalten, bestätigt dies folgende Tendenzen, die sich auch im Gesamtkorpus abzeichnen: Erstens wird die hochschulpolitische Debatte im Verhältnis zu anderen Themen offenbar insgesamt weniger intensiv geführt als 1997/1998. Zweitens spielen par- teipolitische Positionen in der hochschulpolitischen Debatte offenbar eine weniger bedeutende Rolle. Drittens haben sich die Verhältnisse zwischen den Parteien und Lagern 2008/2009 weitgehend ausgeglichen, nachdem sich 1997/1998 noch eine Übergewichtung von SPD und Grünen gegenüber Union und FDP gezeigt hatte.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  | 01.01.1997-  31.12.1998 | 01.01.2008-  31.12.2009 |
| Zahl der SZ-Artikel, die *hochschulreform\** enthalten (in Klammern *bologn*\*). | 299 (0) | 49 (149) |
| SPD | 85 (0) | 5 (15) |
| Grün\* | 68 (0) | 5 (14) |
| CSU | 60 (0) | 3 (9) |
| CDU | 43 (0) | 4 (13) |
| FDP | 11 (0) | 3 (12) |
| PDS (1997/98)/Linke (2008/09) | 3 (0) | 1 (5) |

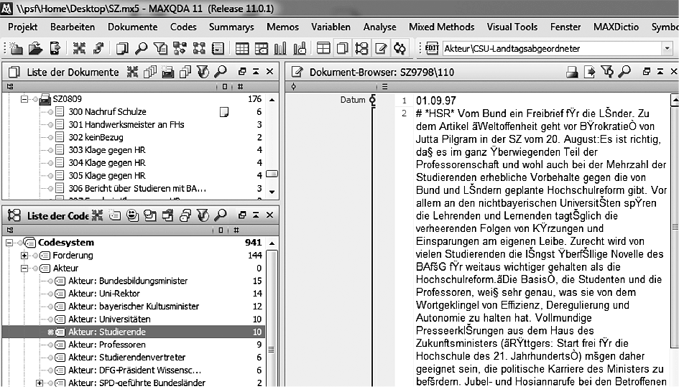
*Tabelle 2: Absolute Häufigkeiten von SZ-Artikeln mit Parteinamen zum Hochschulreform-Diskurs 1997/98 und 2008/09*

* 1. **Der Diskurs aus mesoanalytischer Sicht:**

**die computergestützte Kodierung von Themen und Akteuren**

Auch wenn die SZ eine gewisse Bevorzugung der bayerischen Landespolitik er- kennen lässt, scheint sie in groben Zügen der Berichterstattung in anderen über- regionalen Tageszeitungen zu folgen. Allerdings ist unklar, welche Ereignisse und Debatten sich hinter den ermittelten Verteilungen verbergen. Aus diesem Grund

habe ich die 299 SZ-Artikel von 1997/1998 und die 49 SZ-Artikel von 2008/2009, die das Syntagma *hochschulreform\** enthalten, mit Blick auf die verhandelten The- men und Akteure mit Hilfe von Programmen der Qualitative Data Analysis (QDA) ausgewertet. QDA-Programme wie MaxQDA oder Atlas.ti helfen dabei, Textstellen zu kodieren und die erstellten Codes zu verwalten. Gegenüber der Korpusanalyse ist ihr Nachteil, dass die Kodierung interpretative Blackboxes erzeugt, von der am Ende der Analyse nicht immer klar ist, wie sie zu Stande gekommen sind. Gleich- wohl kann die QDA gute Dienste leisten, wenn es darum geht, komplexe Sinnzu- sammenhänge in Textsammlungen, die noch von einem Individuum lesend über- blickt werden können, explorativ zu erschließen. Die computergestützte Kodierung ist keine analytische Methode oder Technik im Sinne der Diskursanalyse. Sie ist eine weitgehend personengebundene Praxis der Sinnrekonstruktion, die der kodie- renden ForscherIn hilft, ihr Wissen über einen größeren Diskurszusammenhang zu erweitern. Auf diese Weise kann sie das analytisch orientierte Vorgehen auf der Makro- und der Mikroebene in das differenzierte Hintergrundwissen über den Gegenstand einbetten. Dieses Wissen ist wichtig sowohl für die spätere Verfeine- rung der makroanalytischen Hypothesen über Verteilungen von Wortformen auf der makroanalytischen Ebene des Korpus als auch für die Einordnung mikroana- lytischer Erkenntnisse über Sprecherkonfigurationen auf der Ebene der Aussagen. Generell ist es daher nicht sinnvoll, die Kodierung von den anderen Schritten des Forschungsdesigns zu trennen (und sie etwa an Hilfskräfte auszugliedern).



*Abbildung 2: Verkodung von 348 SZ-Artikeln mit MaxQDA (Screenshot)*

In den 348 für die Kodierung ausgewählten Texten habe ich insgesamt 433 the- matische Codes für hochschulpolitische Forderungen und 378 Codes für Akteure vergeben (ausschnittweise zu erkennen im Screenshot in Abbildung 2). Zu den re- lativ häufigsten Forderungen können gezählt werden: *Beschleunigung des Studiums, Demokratisierung der Hochschulstrukturen, Schaffung einer akademischen Elite, För- derung von Frauen, Einrichtung eines Globalhaushalts, Hochschulrat, Änderung der Hochschulzulassung oder des HRG, Internationalisierung, leistungsorientierte Hoch- schulen, neue Studienabschlüsse, Einführung von Studiengebühren, mehr Wettbewerb,*

*Wirtschaftsorientierung.* Unter den Akteuren stechen hervor: *bayerische Staatsre- gierung, bayerischer Kultusminister, Bundesbildungsminister, DFG-Präsident/Wissen- schaftsrat, Professoren, Studierende, Uni-Rektor, Universitäten.*

Welche Ergebnisse können aus der Kodierung gewonnen werden? Mit einer offenen, qualitativen Kategorisierungsstrategie wurden erstens die repräsentierten individuellen und kollektiven Akteure und zweitens die behandelten hochschul- politischen Forderungen erfasst. Zunächst hat die computergestützte Kodierung ergeben, dass ca. 87 % der für die Korpusanalyse ausgewählten Texte die Hoch- schulreform im definierten Sinne zu einem zentralen Thema machen. 13 % habe ich aussortiert, weil sie sich z.B. mit Hochschulreformen in anderen Ländern (z.B. Italien) oder Zeiten (Faschismus oder insbesondere 1968) beschäftigen. Ebenfalls wurden Texte mit Ankündigungscharakter (etwa für Sendungen im Fernsehen oder Diskussionsveranstaltungen) sowie doppelte Einträge gelöscht. In einer ähn- lichen Größenordnung schieden Beiträge aus, die zwar die Zeichenfolge *hochschul- reform*, nicht aber das Thema der Hochschulreform behandeln. Bis 2008/09 schei- nen sich neue Termini für Tendenzen in der Hochschulpolitik zu etablieren, so etwa *Bologna-Prozess* als eine Bezeichnung für den Umbau der universitären Lehre, *Exzellenzinitiative* dagegen für neue Tendenzen in der universitären Forschung. Vor diesem Hintergrund sind einige Texte nicht erfasst worden, die sich mit den Hochschulreformen beschäftigen, ohne *hochschulreform* zu enthalten. An diesem Punkt kann als ein Desideratum festgehalten werden, die Notwendigkeit weiterer Suchwörter zu überprüfen und ggf. das Korpus entsprechend zu erweitern.

Mit Blick auf die Entwicklung der politischen Situation zeichnen sich ab Mitte der 1990er Jahre Pläne für eine Hochschulreform ab, die 1997/1998 intensiv disku- tiert werden, weil die unter dem Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) entwickelten Ideen mit der SPD abgestimmt werden müssen, die damals über eine Mehrheit im Bundesrat verfügt. Mit der Novellierung des Hochschulrahmengeset- zes und der Landeshochschulgesetze erreicht diese Diskussion unmittelbar vor der Bundestagswahl und der bayerischen Landtagswahl im Herbst 1998 ihren Höhe- punkt. Lässt man die durchgängig kontrovers diskutierte Frage der in Bayern ein- geführten Studiengebühren und Hochschulräte beiseite, verlagert sich ab Mitte der Nuller-Jahre die Diskussion auf außerhalb der Parlamente initiierte Entwicklungen der Hochschulpolitik, etwa den Bologna-Prozess, der ab 2008/09 zu einer Vielzahl von teils sehr kritischen Kommentaren führt. Und in beiden Zeiträumen entwi- ckeln sich von der SZ stark beachtete, lautstarke Studierendenproteste (nämlich im Wintersemester 1997/98 sowie im Sommer 2009). Nicht zuletzt hinterlassen in beiden Zeiträumen die Wahlkämpfe für die Bundestagswahlen 1998 und 2009 sowie die davor stattfindenden Landtagswahlen ihre Spuren.

Betrachtet man die Ergebnisse der Kodierung genauer, dann zeigen sich Ver- schiebungen zwischen den Zeiträumen. Ende der 1990er Jahre wird eine Vielzahl von hochschulpolitischen Reformvorschlägen in den parlamentarischen Gesetz- gebungsprozess eingebracht. Sowohl von BundesministerInnen (z.B. Jürgen Rütt- gers) als auch von LandesministerInnen (v.a. Hans Zehetmair) werden 1997/98 unternehmerische Modelle für die Hochschulreform gefordert. Insbesondere Ver- treterInnen der CSU, aber auch der CDU profilieren sich mit Forderungen nach *Wettbewerb*, *Autonomie*, *Leistung* und *Internationalität* der Hochschulen, die von LandespolitikerInnen der SPD und der Grünen im Großen und Ganzen übernom- men oder zumindest nicht kritisiert werden. Viele SPD-LandespolitikerInnen beto-

nen 1997/98, dass entsprechende Forderungen nach Wettbewerb und Autonomie in den Hochschulgesetzen der eigenen Länder schon längst Wirklichkeit seien und kritisieren die Ablehnung von Globalhaushalten durch die bayerische Staatsregie- rung. Die Lektüre der Artikel macht klar, dass SPD-VertreterInnen keineswegs die aktive hegemoniale Kraft gespielt haben, die die textstatistischen Ergebnisse ver- muten lassen.

Zu einem Knackpunkt wird allerdings die Frage der Studiengebühren. Die Ver- handlungsführerInnen der SPD wollen ein bundesweites Verbot von Studienge- bühren in das neue Hochschulrahmengesetz aufnehmen, was die Union ablehnt. Auch wenn es 1997/98 in den Parteien in allen Ländern nur marginale Stimmen für Studiengebühren gibt, wird eine Einigung über die Hochschulreform in erster Linie an dieser Frage scheitern. Auch zur Frage der Habilitation, deren Verbot von der SPD gefordert und von der CSU abgelehnt wird, gibt es gewisse Kontroversen, wobei sich v.a. VertreterInnen der CSU gegen das Habilitationsverbot aussprechen. In Bayern ist ein dauerhafter Streitpunkt die Einrichtung von Hochschulräten, gegen die sich noch 2008/09 einige Hochschulleitungen, Fachbereiche und Pro- fessoren wenden (besonders aus den Rechtswissenschaften, die mit einem Austritt und der Gründung unabhängiger *Law Schools* drohen). Daneben gibt es Themen, die immer wieder Aufmerksamkeit erfahren. Insbesondere von Studierendenver- treterInnen werden 1997/98 die geplanten Auswahlverfahren für die Hochschul- zulassung und die Beschleunigung der Studienzeit abgelehnt. Die Wirtschafts- orientierung, der Elite- bzw. Differenzierungsgedanke sowie die Aufwertung von Dekanen und Rektoren auf Kosten demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen wird von einigen Professoren und Hochschulleitungen kritisch gesehen, von ein- zelnen dagegen begrüßt (besonders der Rektor der Technischen Universität (TU) München Wolfgang Herrmann tut sich als ein Befürworter der als industrienah wahrgenommenen Hochschulräte hervor). Weitere sporadisch behandelte Themen sind die Berufsorientierung der Hochschulausbildung, die Stellung von Frauen und die Prekarität akademischer Karrieren. Die Exzellenzinitiative, die ab 2003 von Rot-Grün auf den Weg gebracht wird, spielt in den Texten von 2008/09 kaum eine Rolle. Einen breiten Raum nimmt 2008/09 dagegen die Diskussion über die Einführung neuer Studienabschlüsse (d.h. BA und MA) ein, die 1997/98 noch fast keine Rolle gespielt hatte. Dreht sich 1997/98 die Diskussion v.a. um effizi- entere Organisationstrukturen der Hochschulen, verschiebt sich die Diskussion bis 2008/09 auf die Ausbildung von Studierenden durch stärker strukturierte und modularisierte Abschlüsse.

Die zuständigen BundesministerInnen (bis 1998 insbesondere Jürgen Rütt- gers, CDU, dann Edelgard Bulmahn, SPD; 2008/09 Annette Schavan, CDU) sind durchgehend präsent. 1997/98 kommt der bayerische Kultusminister Hans Zehet- mair in der SZ stark zur Geltung. Von einer SPD-Hegemonie kann insbesondere deshalb nicht die Rede sein, da führende CSU-Vertreter oft zu Wort kommen, ohne dass ihre Parteizugehörigkeit erwähnt wird. So können im ersten Untersuchungs- zeitraum 59 Artikel mit *Zehetmair*, 49 mit *Staatsregierung*, 21 mit *Stoiber* gefunden werden, die die CSU *nicht* erwähnen – ein Hinweis darauf, dass VertreterInnen der Landesregierung als so bekannt vorausgesetzt werden, dass ihre Parteimitglied- schaft nicht eigens signalisiert werden muss. Einen exponierten Platz reklamieren zuständige Landesminister wie Jürgen Zöllner (SPD, Rheinland-Pfalz) und Anke Brunn (SPD, NRW). Die bildungspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Land-

tagsopposition Dorle Baumann wird v.a. bei Stellungnahmen zu laufenden Gesetz- gebungsverfahren sowie auf dem Höhepunkt von Studierendenprotesten genannt. Sehr sporadisch werden einzelne Abgeordnete (wie der Grünen-Bundestagsab- geordnete Matthias Berninger mit seinem BAFF-Modell) sowie Hochschulgrup- pen (Jusos, RCDS) und Arbeitskreise der Parteien (z.B. der Wirtschaftsbeirat der Union) zitiert. 2008/09 scheint es dagegen keine profilierten Figuren auf landes- politischer Ebene mehr zu geben. In beiden Intervallen kommen ebenfalls regel- mäßig Unirektoren (insbesondere der TU-Präsident Herrmann, der eine treibende Kraft für den unternehmerischen Umbau in der Hochschulpolitik darstellt, sowie die Ludwig-Maximilian-Universitäts-Rektoren) und hochschulpolitische Amtsträ- ger (z.B. PräsidentInnen von Wissenschaftsrat, DFG, Hochschul-Rektoren-Konfe- renz) zu Wort. Studierende und ProfessorInnen werden immer wieder Gegenstand der Berichterstattung, allerdings weniger als VertreterInnen bestimmter hoch- schulpolitischer Gruppen denn als persönlich Betroffene, die insbesondere im zweiten Untersuchungszeitraum in längeren Porträts Zeugnis von den Schwierig- keiten mit dem Bologna-Prozess ablegen. Sporadisch werden ExpertInnen aus der Hochschulforschung zitiert (z.B. vom bayerischen Staatsinstitut für Hochschul- forschung und dem CHE).

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Kodierung von 348 SZ-Artikeln können die makroanalytisch gewonnenen Ergebnisse folgendermaßen zusam- mengefasst werden: Die unternehmerischen Hochschulreformen werden von VertreterInnen der Union auf den Weg gebracht, und zwar insbesondere vom Bun- desbildungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) und dem bayerischen Kultusminister Hans Zehetmair (CSU). Als Oppositionspartei ist die SPD bis 1998 in der Rolle der reagierenden Partei mit Blick auf die von CDU und CSU ausgehenden Impulse in Richtung auf eine marktorientierte Hochschulreform, die von SPD-VertreterInnen zumeist übernommen werden. Ein eigenes Profil wird nur bei Einzelfragen (ins- besondere den Studiengebühren) erkennbar, und zwar bei der durch die SPD-Bun- desratsmehrheit bis unmittelbar vor die Bundestagswahl verzögerte Novellierung des HRG. Gleichzeitig profiliert sich die SPD im Zuge der Studierendenproteste als eine Kraft, die die Proteste von 1997 gegen die Studienbedingungen aufnimmt. Sie begründet infolgedessen in den folgenden Jahren vor allem die Umstellung auf das BA/MA-System (die wiederum 2009 zu Protesten der Studierenden führen wird). Die SPD kann im Jahr 1998 mit einem gewissen Gehör rechnen, da sie auf vielen Ebenen des hochschulpolitischen Felds über SprecherInnen verfügt, insbesondere auf der landespolitischen Ebene, so etwa die KultusministerInnen aus Rheinland- Pfalz und Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn und Jürgen Zöllner, die als Verhand- lungsführer angesichts der SPD-Bundesratsmehrheit eine wichtige Rolle bei der Novellierung des HRG spielen, ebenso Dorle Baumann als bildungspolitische Spre- cherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion und etwas weniger sichtbar Edelgard Bulmahn als bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Während des Bildungsstreiks werden VertreterInnen von Juso-Hochschulgruppen genannt. In der Summe scheint die SPD 1998 zwar für keine eindeutige Position gegenüber dem neoliberalen Programm zu stehen, aber dafür mit ihren VertreterInnen auf unterschiedlichen Ebenen eine hohe Aufmerksamkeit zu genießen. Den Grünen ergeht es ähnlich bei einer insgesamt geringeren Präsenz. Die PDS bzw. Die Linke und die FDP treten in der SZ bei hochschulpolitischen Fragen nicht nennenswert hervor. Vor und nach der Landtags- und Bundestagswahl im Herbst 2008, bei der

die FDP in beide Regierungen kommt und mit Wolfgang Heubisch in Bayern so- gar den Wissenschaftsminister stellt, ist die FDP als Akteur der Bildungspolitik nicht nennenswert vertreten. Die wenigen Fälle, in denen die FDP zum Thema gemacht wird, zeichnen sich in beiden Untersuchungszeiträumen durch einen auffälligen Kontrast zu anderen Parteien aus, ist die FDP in der SZ doch immer wieder die Zielscheibe kritischer Kommentare seitens der SZ-JournalistInnen. Gegenüber der FDP legen Letztere durchwegs eine starke Subjektivität an den Tag, so zum Beispiel, wenn sie am 26.3.1997 über »Liberale als Ein-Punkt-Partei« oder am 23.6.1997 über »Die Liberalen im Glashaus« schreiben; am 11.9.1998 wird die hochschulpolitische Nicht-Präsenz der FDP explizit thematisiert. Die mesoanalyti- sche Perspektive auf den Diskurs unterstreicht die Grenzen eines mechanischen Verständnisses von Hegemonie. Hegemonie lässt sich auf kein quantitatives Kräf- teverhältnis von Akteuren und ihrer Ressourcen reduzieren; sie impliziert immer auch eine qualitative Sichtbarkeit der Subjekte als kohärente Sprecher. Der mikro- analytische Schritt auf die Ebene der Aussagen des Diskurses wird nun zeigen, wie bestimmte Akteure durch ein fein orchestriertes Spiel kommunikativer Positionie- rungen, Perspektiven und Abgrenzungen definiert werden.

* 1. **Der Diskurs aus mikroanalytischer Sicht: Positionierungen zwischen Sprechern**

Während in der makroanalytischen Beschreibung des Hochschulreform-Korpus textstatistische Verteilungen bestimmter Wortformen (z.B. von Wortfolgen wie *SPD*) ermittelt werden konnten, die auf Strukturen und Veränderungen bestimm- ter semantischer Felder verweisen, konnte durch die mesoanalytische Kodierung von vier Jahrgängen der SZ die Repräsentation individueller (z.B. *Zehetmair*) oder kollektiver (z.B. *SPD-geführte Bundesländer*) Akteure im weiteren Textzusammen- hang erfasst werden. In beiden Fällen richtet sich der Blick in erster Linie auf expli- zit benannte Positionen. Diskurse operieren aber nicht nur mit expliziten, sondern auch mit impliziten Positionen. Oder anders ausgedrückt: Diskurse werden nicht nur *über* Sprecher geführt, sondern auch notwendig *von* Sprechern geführt.

Den kommunikativ-pragmatischen Beziehungen, die zwischen den Akteuren des Diskurses hergestellt werden, kann auf mikroanalytischer Ebene Rechnung getragen werden, d.h. auf der Ebene der Aussagen. Eine Aussage ist die sprachliche Realisierung eines Sprechakts, in dem etwas (ein propositionaler Gehalt p) von jemandem (einem Sprecher L) ausgedrückt wird. Wird eine Zeichenfolge als Satz

* in der Regel das syntaktisch verbundene Gebilde eines Subjekts und eines Prä- dikats – erkannt, beginnt die Suche nach dem Sprecher des Gesagten (Wer hat das gesagt? Wer spricht?). Obgleich Sätze in der Regel Sprechakte darstellen und daher als Aussagen gelten können, können Aussagen auch produziert werden, ohne dass mit Sätzen operiert wird: Auch ein Schweigen oder eine Geste kann eine Aussage sein, solange kommuniziert wird, dass jemand (L) etwas (p) sagt.

Mit der Aussagenanalyse (Angermüller 2007, Kapitel 4 und 5) werden Texte und Aussagen mit Blick auf die Verweise auf die Sprecher bzw. Stimmen analy- siert, die im sprachlichen Material ihre indexikalischen Spuren hinterlassen. Aus aussagenanalytischer Perspektive sind Sprecher keine menschlichen Individuen, sondern die zumeist anonymen und subpersonalen Sprechinstanzen, die eine Aussage mobilisiert, wenn sie geschrieben, gelesen oder gesprochen wird. Um in

den Diskurs einzutreten, müssen die DiskursteilnehmerInnen (d.h. die lesenden, schreibenden oder sprechenden Individuen mit ihrem spezifischen Wissenshin- tergrund) die vielen, komplex verschachtelten Sprecher, die von den Aussagen als kleinsten kommunikativen Einheiten des Diskurses aufgerufen werden, zueinan- der in Beziehung setzen. Mit ihrer praktisch-interpretativen Kompetenz rechnen die DiskursteilnehmerInnen die vielen Sprecher des Diskurses einer tendenziell begrenzten Zahl von Subjektpositionen zu. In kommunikativen Prozessen in grö- ßeren Diskursgemeinschaften können sich bestimmte Positionen auf diese Wei- se verfestigen und es kann ihnen Agency zugeschrieben werden. Auf diese Weise partizipieren die DiskursteilnehmerInnen an der diskursiven Konstruktion gesell- schaftlicher Ordnung und ihrer Akteure.

Ein auffälliges Ergebnis der mesoanalytischen Kodierung der Pressetexte ist, dass SPD-Akteure ungeachtet ihrer relativen quantitativen Dominanz nur eine relativ passive und reaktive Rolle in der hegemonialen Auseinandersetzung um das Programm einer unternehmerischen Universität spielen. Ein weiteres Ergeb- nis ist, dass die wenigen Artikel über FDP-Akteure eine ungewöhnlich starke Sub- jektivität der Journalisten erkennen lassen. Beiden Beobachtungen lässt sich aus aussagenanalytischer Perspektive genauer Rechnung tragen. Mit Blick auf SPD- Akteure können die in den Texten attestierten Marker der Polyphonie Aufschluss über deren kommunikative Positionierungen gegenüber expliziten und impliziten

»Freunden« und »Gegnern« im hochschulpolitischen Diskurs geben. Und die Kommentare von SZ-Journalisten zur FDP-Hochschulpolitik geben den Anlass, die Subjektivität der journalistischen Autorinstanz zu reflektieren, die auch in dem als objektiv und neutral geltenden Genre der journalistischen Berichterstattung nicht umhin kommt, bestimmte Positionen einzunehmen.

Die Rolle des Journalisten als mal mehr, mal weniger subjektiver Strippenzie- her eines dialogischen Geschehens wird in den letzten fünf Aussagen eines Bei- trags von Günter Bannas vom 25. März 1997 mit dem Titel »Die FDP in der Falle der eigenen Taktik. Weil sich die Liberalen als Einpunktpartei positioniert haben, spielen sie keine Rolle mehr« exemplarisch deutlich:

»[…] (1) Der *linksliberale Freiburger Kreis* sorgt sich, weil die *FDP* von der *Parteiführung* auf das Thema ›Steuerpolitik‹ reduziert worden sei. (2) Doch sein Vorschlag, es im Wahlkampf mit der Bildungspolitik zu versuchen, wenn die Steuerreform erledigt ist, ist weltfremd. (3) Nicht einmal Studenten interessieren sich für die Hochschulreform. (4) Die *FDP* hat sich als

›Einpunktpartei‹ positioniert. (5) Sie sitzt in der Falle.«

Vier Akteure werden in diesem Textausschnitt explizit bezeichnet: die »FDP« mit ihrem Eigennamen in (1) und (4), die makro- und mesoanalytisch erfasst wurde, so- wie »der linksliberale Freiburger Kreis« und die »Parteiführung« der FDP in (1) und

»die Studenten« in (4), die sich mesoanalytisch identifizieren ließen. Allerdings kann mindestens noch eine fünfte Position bezeugt werden, nämlich die Position des SZ-Journalisten selbst, der in (2) über das wertende Prädikat *weltfremd* und auch über seine Beschreibung in (4) und (5) seine kritische Haltung zur FDP mar- kiert. Die Position des Journalisten unterscheidet sich von den ersten vier Akteuren dadurch, dass dieser in einer Autorposition steht und durch den Text in indexika- lischer Referenz gezeigt und nicht wie die anderen in absoluter Referenz benannt oder bezeichnet wird. In der Tat kann es keinen Diskurs geben, der nicht ständig

seine Sprecher, Quellen oder Ursprünge reflektiert. Damit wird nicht unterstellt, dass der Diskurs das Produkt eines einheitlichen Sinnbildungsursprungs (eines

»Autors«) ist. Vielmehr geht es darum, den Diskurs als eine Positionierungspraxis zu fassen, in der mit in sich verschachtelten Sprechern operiert wird, und zwar mit expliziten und impliziten, indexikalischen und benannten, mit sprechenden und besprochenen Sprechern.

Aufbauend auf Oswald Ducrots Polyphonieansatz (1984) lassen sich diese Spre- cher folgendermaßen unterscheiden. Die Sprechinstanz, auf den das in einer Aus- sage Gesagte letztendlich zurückbezogen wird, wird als Lokutor (*locuteur*, hier: der Journalist bzw. die SZ) bezeichnet. Vom Lokutor, dessen Präsenz indexikalisch sig- nalisiert wird, hängen bestimmte Stimmen (*énonciateurs*) ab, zu denen der Lokutor über Marker der Polyphonie wie *doch* oder *nicht* (im Beispiel grau unterlegt) Stel- lung bezieht, indem er sich deren Perspektive (*point de vue*) zu eigen macht oder nicht. Die Positionen von letzteren können mit einer expliziten Bezeichnung aus- gestattet sein (z.B. die »Parteiführung« in (1), »die die FDP auf das Thema ›Steuer- politik‹ reduziert habe«) oder nicht (z.B. die vom Lokutor in (3) zurückgewiesene, anonyme Position, dass sich Studenten für die Hochschulreform interessieren).

In der Formelsprache der skandinavischen Polyphonietheorie (Nølke/Fløttum/ Norén 2004), die Ducrots Äußerungstheorie aufnimmt und systematisiert, wird jede Aussage in die kleinsten Sprechperspektiven perx (d.h. einfache Sprechakte)

der Sprecher l, a etc. zerlegt, wobei der Sprecher l den Lokutor als Sprechzentrum

abbildet, der Sprecher a dagegen die Sprechinstanz, die vom Lokutor abgelehnt wird. Auf diese Weise können die impliziten dialogischen Verhältnisse von Aus- sage (3) mit folgenden zwei Sprechperspektiven dargestellt werden.

per1 (a): p (wobei p für den präsupponierten Inhalt »Studierende interessieren sich für Hochschulreform« steht)

per2 (l): NEIN per1.

Mit der formalen, an ScaPoLine orientiertierten Darstellung von Aussagen als poly- phone Sprecherbündel aus werden die vielen Stimmen des Diskurses systematisch,

d.h. Aussage für Aussage zerlegt. Der Vorteil der Formalisierung liegt darin, dass die durch sprachliche Marker signalisierten Sprecher erschöpfend aufgelistet und in ihren genauen Beziehungen zueinander bestimmt werden, wohingegen im all- täglichen Verstehen ein Großteil des Sprechergeschehens sofort »vergessen« wird und in dem globalen Wissen über den Diskurszusammenhang aufgeht, das die TeilnehmerInnen ständig konstruieren und dynamisch anpassen. In der Regel lässt sich die Formalisierung der Aussagenanalyse nur auf ein bis höchstens fünf Aussagen anwenden, ohne dass die Darstellung unübersichtlich wird. Außerdem kann der abstrakte und differenzierte Darstellungsmodus der Aussagenanalyse die Anschaulichkeit der Ergebnisse soweit brechen, dass der Bezug zu den größeren Diskursstrukturen nicht erkannt wird. Aus diesem Grund wird im Folgenden ein vereinfachter Darstellungsmodus gewählt, der über Ensembles von fünf Aussa- gen und mehr die expliziten und impliziten Sprecher inventarisiert und auf eine Visualisierung ihrer Beziehungen in einem grafischen Schema zielt. Damit wird unterstrichen, dass die zentrale Herausforderungen der DiskursteilnehmerInnen im Textgebrauch gerade darin liegt, die vielen Sprecher des Diskurses auf einige

wenige Akteure zu reduzieren, die gleichsam als im Diskurs gewonnenes Wissen übrig bleiben.

Die (vereinfachte) Aussagenanalyse lässt sich folgendermaßen auf die obige Passage anwenden. In (1) wird »Die Parteiführung hat die FDP auf das Thema

›Steuerpolitik‹ reduziert.« dem benannten Sprecher »der linksliberale Freiburger Kreis der FDP« zugeschrieben. Wer aber der Sprecher ist, der sagt: »Der links- liberale Freiburger Kreis sorgt sich, weil…«, wird nicht gesagt, sondern gezeigt. Es ist der Lokutor, der hier mit dem SZ-Journalisten assoziiert ist, der sagt, dass sich der Freiburger Kreis »besorgt« über die Parteiführung zeigt, und es diesem Kreis überlässt zu sagen, dass die Parteiführung die FDP auf Steuerpolitik reduziere. Der Lokutor tritt selbst nie persönlich auf und überlässt die Bühne einer Reihe abhän- giger Stimmen, Akteuren und Figuren, denn würde man explizit machen, wer (1) sagt (z.B. »Der SZ-Journalist Günter Bannas sagt, dass der linksliberale Freiburger Kreis sich sorge, weil…«), würde man in jedem Fall etwas anderes sagen, d.h. eine Aussage (1') produzieren, die von einem Lokutor geäußert wird, der auf keinen Fall der gleiche von Aussage (1) ist. Daher muss festgehalten werden, dass in Texten wie oben mit Aussagen gearbeitet wird, deren Sprecher auf eine bestimmte Weise verschachtelt sind und immer auf genau einen »sprechenden Sprecher« zurückver- weisen, und zwar den Lokutor als letztendliche Regieinstanz der in den Aussagen orchestrierten Stimmen. Während »besprochene Sprecher« mit einem Namen (wie die »FDP-Parteiführung«) bezeichnet werden, muss der Lokutor auf andere Weise signalisiert werden, nämlich durch die Form, in der sich ein Sprechakt manifes- tiert, nämlich als Aussage. Erkennen die DiskursteilnehmerInnen eine Zeichenfol- ge als Aussage, müssen sie das deiktische (bzw. »gezeigte«, von gr. »zeigen«) Zen- trum des Sprechakts mit einem räumlich-zeitlich verorteten Lokutor definieren, von dem die anderen in der Aussage benannten Sprecher sowie die unbenannten Quellen, Perspektiven und Stimmen abhängen.

Mit dem Instrumentarium der Aussagenanalyse kann die kommunikative Ord- nung der oben genannte Passage nun systematisch als eine Konfiguration verschie- dener, in sich verschachtelter Sprecher beschrieben werden. Der Lokutor ist nicht nur in den subjektiv gefärbten Aussagen (2) bis (5) präsent, sondern in allen fünf Aussagen, in denen er verschiedene Figuren wie den »Freiburger Kreis«, die »FDP«, die »FDP-Parteiführung« und die »Studenten« auftreten lässt. Diesen Sprechern werden bestimmte Inhalte zugeschrieben (in (2) wird etwa der Vorschlag, »es mit der Bildungspolitik zu versuchen«, dem Freiburger Kreis zugeschrieben) und zu- einander in Beziehung gesetzt (z.B. die »Sorge« des Freiburger Kreises über die von der FDP-Parteiführung vertretene Richtung). Während sich die Funktion des Lokutors in (1) darauf beschränkt, andere Sprecher sprechen zu lassen (den Frei- burger Kreis, die FDP und die Parteiführung), nimmt er in (2) über das wertende Adjektiv *weltfremd* selbst Stellung, und zwar zu dem, was der Freiburger Kreis sagt. Während makro- und mesoanalytische Zugriffe nur einen Teil der Sprecher (d.h. in der Korpusanalyse nur die explizit benannten Sprecher, in der Kodierung nur den von den KodiererInnen als relevant verstandenen Teil der Sprecher) er- fassen, kann mit der Aussagenanalyse das vollständige Inventar von Sprechern erfasst werden, die in Textausschnitten wie dem obigen aufgerufen werden, und zwar unabhängige und abhängige, sprechende und besprochene, benannte und

unbenannte Sprecher.

Die Betrachtung hat soweit drei dem kollektiven Akteur FDP zuzurechnende Figuren (*Freiburger Kreis*, *Parteiführung* und die *FDP* selbst), die *Studenten* sowie die in den fünf Aussagen aufgerufenen Lokutoren zu Tage gefördert. Während die Lo- kutoren als die notwendig unbenannten Strippenzieher ihrer Aussagen fungieren, können die LeserInnen ohne größeren Aufwand erschließen, dass sie alle mit der gleichen sozialen Adresse verbunden werden, nämlich mit dem am Artikelanfang stehenden Autor Günter Bannas. Die Analyse kann aber erst dann abgeschlossen werden, wenn sie auch die anonymen Sprecher berücksichtigt. Ein solcher na- menloser Sprecher wird von Aussage (3) attestiert, die ein dialogisches Spektakel zwischen zwei verschachtelten Sprechern aufführt. So kann die Aussage »Nicht einmal Studenten interessieren sich für die Hochschulreform.« als das Fragment eines Dialogs verstanden werden, in dem jemand sagt, »dass sich v.a. Studenten für die Hochschulreform interessieren.« Die Funktion des Lokutors ist es dann, das Wort einem anderen Sprecher zu erteilen, der diese Aussage zurückweist: »Nein, das, was diese Figur sagt, ist nicht wahr.« So lässt (3) zwei Sprecher auftreten, wo- bei sich der Lokutor letztendlich auf die Seite des letzteren Sprechers schlägt. Ein ähnlicher Fall kann im Falle von *doch* konstatiert werden. Mit *doch* wird ein in (1) präsupponierter Sprecher zurückgewiesen, der z.B. sagt: »Die FDP-Probleme kön- nen mit dem Bildungsthema gelöst werden.«

Somit kommen wir auf insgesamt sieben Sprecherfiguren, die jeweils verschie- dene Inhalte vertreten und in bestimmten Beziehungen zueinander stehen. Der *Freiburger Kreis* macht einen Vorschlag für eine Neuausrichtung der FDP, während die *Parteiführung* an der Steuerpolitik festhält. *Günter Bannas* zeigt sich kritisch sowohl gegenüber der von der *Parteiführung* vertretenen Richtung als auch gegen- über dem Vorschlag des *Freiburger Kreises*. Ebenfalls weist er die anonyme Stimme zurück, die sagt, dass sich Studenten für die Hochschulreform interessieren. Auf diese Weise baut sich vor den Augen der LeserInnen ein Bild der verschiedenen Akteure mit ihren jeweils unterschiedlichen Positionen auf. In der Tat ist es eine zentrale Herausforderung für die LeserInnen, zu verstehen, wer was sagt. Aus die- sem Grund wenden sie hohe interpretative Energie auf, um ein Mapping der Dis- kursakteure zu konstruieren und ein möglichst differenziertes Wissen über die sozialen Verhältnisse zwischen diesen aufzubauen. Sie steigen in den Diskurs mit dem Ziel der Generierung sozialen Wissens ein und prozessieren für diesen Zweck erhebliche Textmengen, mit denen sie die Positionen von anderen und nicht zuletzt auch von sich selbst bestimmen können.

Indem die DiskursteilnehmerInnen mit schriftlich fixierten Aussagesequen- zen wie der oben genannten Passage operieren, verhandeln sie die Frage: Wer sind die Subjekte, die im hochschulpolitischen Diskurs über Sprech- und Handlungs- vermögen verfügen? Um diese Frage zu beantworten, mobilisieren die LeserIn- nen ihr Hintergrundwissen, um ihr Wissen über den Äußerungszusammenhang zu präzisieren, dem der Text entstammt. Abbildung 3 verdeutlicht diesen Prozess grafisch. LeserInnen werden die drei genannten parteipolitischen Akteure (*FDP, Parteiführung, Freiburger Kreis*) in Beziehung setzen: Sowohl der Freiburger Kreis als auch die Parteiführung ist Teil der FDP, eine in den Parlamenten vertretene Partei des gehobenen wirtschaftsliberalen Bürgertums, wobei der Kreis ein loser und unverbindlicher Zusammenschluss einiger linksliberaler FDP-Mitglieder ist, die Parteiführung dagegen die Linie der gesamten Partei repräsentiert. Über die Lokutorposition positioniert sich Bannas als Kritiker beider Flügel der FDP und

sieht die Studierenden auch auf seiner Seite. Der anonyme, negierte Sprecher in Aussage (3), der ein Interesse der Studierenden an der Hochschulreform konsta- tiert, wird dagegen mit der Position des Freiburger Kreis verschmolzen. Auf die- se Weise entsteht eine Sprecherkonfiguration, in der die FDP als zwischen zwei Sprechern (dem »linken« *Kreis* und der »rechten« *Parteiführung*) zerrissen darge- stellt wird und die Distanz der FDP als ganzer zu Studierenden (und Wahlvolk ins- gesamt) betont wird. Entsprechende Sprecherkonfigurationen sind in der SZ mit Blick auf die FDP in beiden Zeiträumen finden.

explizite Sprecher

FDP

Freiburger Kreis vs. Parteiführung

Studierende

doch-Sprecher:

„FDP-Misere kann durch Abwengung von Steuerpolitik beendet werden”

anonymer

Sprecher

Lokutor (SZ)

implizite Sprecher

Verhältnis der Nähe Verhältnis der Distanz

*Abbildung 3: Sprecherkonfiguration des Auszugs vom März 1997*

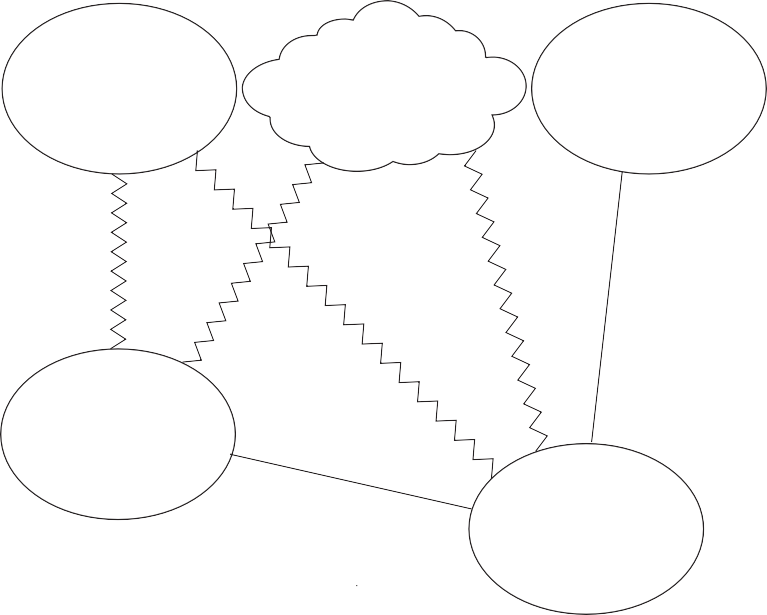
Während 1997 die Kritik an der FDP noch selbstverständlich damit begründet wer- den kann, dass die Studierenden sich ohnehin nicht für die Hochschulreform in- teressieren, erhalten die Studierenden und ihre VertreterInnen seit dem Studieren- denstreik von 1997/98 selbst eine zunehmend hörbare Stimme in der Debatte über die Hochschulreform. An den geänderten Sprecherkonfigurationen zeigt sich, dass sich das *taken-for-granted* Wissen der Beteiligten des Hochschulreformdiskurses in relativ kurzer Zeit wandelt.

Schon im Kommentar von Jutta Pilgram »Die Uni und der Wahlkampf« vom 16.2.1998, d.h. nach den Studierendenprotesten des Wintersemesters 1997/98, fin- det sich eine gänzlich gewandelte Sprecherkonfiguration.

»[…] (1) Die Zweiteilung des Studiums in eine eher verschulte, allgemeinbildende Phase und eine aufbauende wissenschaftliche Phase wird inzwischen von allen *Parteien* befürwortet.

(2) Doch paradoxerweise wehren sich gerade *Professoren und Studenten* gegen Veränderun- gen einer Situation, unter der sie am meisten leiden. (3) Hinter jeder Tendenz zur Verschulung wittern sie planmäßige Verblödung. (4) Das ist ebenso übertrieben wie die panische Furcht vor Studiengebühren. (5) Gegen Verschulung und gegen Vermarktung – diese Parolen einten die diffuse Protestbewegung. (6) Nun tun *SPD und Grüne* so, als seien sie auf der Seite der *Streikenden*. (7) Doch das stimmt nicht. (8) Sie wollen nur das neue Hochschulrahmenge- setz stoppen, auf das sie sich so mühsam mit der *Union* geeinigt hatten und mit dem sie sich im Sommer als Blockadebrecher feiern ließen. (9) Sie bestehen auf einem Verbot von Studiengebühren, sonst wollen sie auch alle anderen längst überfälligen Reformpunkte kip- pen. (10) Doch dabei geht es nur um Wahlkampf. (11) Studiengebühren sind in Deutschland auch jetzt nicht verboten. (12) Das alte Hochschulrahmengesetz erwähnt sie gar nicht. […]«

In (1) werden *Parteien* als Träger eines Konsenses über die Hochschulreformen ge- nannt. Doch dieser Konsens wird von *Professoren und Studenten* in Frage gestellt (3). Im Lichte dieser »konservativen« Protestler und *Streikenden* (6) erweisen sich *SPD und Grüne* als unsichere Kantonisten im Parteienkonsens (7), zu dem auch die *Union* (8) zu zählen ist. Doch der Text operiert nicht nur mit diesen benannten Figuren, sondern auch mit zahlreichen anonymen Sprechern, auf die über Marker der Polyphonie wie *doch* (2, 7, 10) und *nicht* (7, 11, hier wieder grau unterlegt) Bezug genommen wird. Mit *doch* werden drei implizite Sprecher zurückgewiesen, die be- stimmte doxische Inhalte tragen, wie z.B. die präsupponierte Aussage in (1) »Die Zweiteilung ist schlecht für Universitätsangehörige.«, in (6) »SPD und Grüne sind für die Streikenden.«, in (9) »SPD und Grüne sind an der politischen Sache inter- essiert«. Der Lokutor nimmt deutlich kritisch Stellung zu den genannten Figuren (mit Ausnahme der *Union*) z.B. über *paradoxerweise*, mit dem die Position von *Pro- fessoren und Studenten* als in sich widersprüchlich charakterisiert wird. Hieraus er- gibt sich folgende Sprecherkonfiguration. Aus der Sicht des SZ-Lokutors stehen auf der einen Seite somit die *Parteien*, darunter offenbar insbesondere die *Union*, auf der anderen die *Professoren und Studierenden*, und dazwischen nehmen *SPD und Grüne* eine unentschiedene Position ein. Die impliziten präsupponierten Sprecher aus (6) und (9) können *SPD und Grünen* zugerechnet werden, der implizite Spre- cher aus (1) dagegen den *Professoren und Studierenden*. Diese impliziten Sprecher werden vom Lokutor negiert, der mit *paradoxerweise* überdies die mit SPD und Grü- nen assoziierte »Furcht vor Studiengebühren« negativ kommentiert. Zusammen- fassend kann die Sprecherkonfiguration wie in Abbildung 4 visualisiert werden:



explizite Sprecher

Professoren und

Studierende:

„kritisieren Zweiteilung“

SPD/Gruene

Parteien: „Konsens

über Zweiteilung“

doch-Sprecher

Lokutor

implizite Sprecher

Verhältnis der Nähe Verhältnis der Distanz

*Abbildung 4: Sprecherkonfiguration des Auszugs vom 16. Februar 1998*

Die Aussagenanalyse unterstreicht die ambivalente Position der SPD, von der ge- sagt wird, dass sie die Hochschulreform sowohl stützt und sich gleichzeitig auf die Seite der Protestierenden schlägt. Einzig die Forderung nach einem Verbot der Stu- diengebühren wird eindeutig mit der SPD verbunden, was der SPD eine gewisse Eindeutigkeit und Erkennbarkeit in einem hochschulpolitischen Profil verleiht, das sich ansonsten durch strukturelle Mehrdeutigkeit und eher passive Handlungs- positionen auszeichnet. Als sich ab ca. 2008 die massenmedialen Scheinwerfer auf die Probleme der Universitäten mit dem Bologna-Prozess richten, verschwinden die SPD und auch alle anderen Parteien aus der hochschulpolitischen Debatte. Der Wandel der Sprecherkonfiguration lässt sich exemplarisch an den zunehmend zu beobachtenden Berichten über das Universitätsleben nach den Bolognareformen festmachen. Hier sind Studierende und ProfessorInnen in einer aktiven Hand- lungsposition und die einzelnen Parteien gehen in Sammelbezeichnungen wie

»die Politk« oder »die Parteien« auf. Minister, deren Positionen und Programme 1997 noch als so universal galten, dass ihre Parteizugehörigkeit nicht angegeben werden musste, bekommen v.a. ab 2008 zunehmend Konkurrenz durch die Stim- men von Studierenden und ProfessorInnen, die Zeugnis von den Problemen vor Ort abgeben.

Im Artikel vom 7. Mai 2008 berichtet Birgit Taffertshofe in »Kaninchen für die Karriere. Studenten empfinden die Uni oft als ein großes Versuchslabor«:

»(1) Es ist nicht so, dass die Studenten sich nur beschweren. (2) Viele sehen in dem neu- en Studiensystem sogar eine große Chance: (3) Denn es zwingt Professoren und Dozenten, ernsthaft über ihre Lehre nachzudenken und damit auch über die Bedürfnisse der Studen- ten, sagt Imke Buß, die Vorsitzende des Freien Zusammenschlusses von Studentenschaften (fzs): (4) ›Der Bologna-Prozess ist gut für die Studierenden, wenn er richtig umgesetzt wird.‹

(5) Was die meisten Studenten aber nervt, sind schlechte Vorlesungen, organisatorisches Chaos und Zeitdruck. (6) ›Die Politik missbraucht die Studienreform als Sparmaßnahme‹, kritisiert Imke Buß. (7) Die Rechnung gehe aber nicht auf, das zeigten bereits die Abbrecher- quoten. (8) Viele Studenten befürchten, dass sie selbst mit dem Bachelor-Titel kaum Pers- pektiven haben. (9) Auch Merih Ates will deshalb unbedingt bis zum Master weiterstudieren.

(10) ›Jeder muss diese Chance erhalten‹, sagt er. (11) Doch bisher haben nur die Besten Aussicht auf einen Studienplatz. (12) Die Zitterpartie geht also weiter.«

Eine detaillierte Analyse des dialogischen Geschehens in diesen Aussagen würde die Agensposition der Studierenden freilegen, die den Vordergrund des diskursi- ven Geschehens besetzen. Gleichwohl ist auch hier der Lokutor nicht völlig neutral, denn die Lokutor-Position scheint zumindest teilweise mit der kritischen Position der Studierenden zum neuen Studiensystem zu verschmelzen. Der Lokutor spricht hier durch die Stimmen der Studierendenfiguren, die sich gegen das doxische Wis- sen anonymer Sprecher wenden, die sagen, dass der Bologna-Prozess umgesetzt werden muss (4) oder dass jeder einen Studienplatz erhält (11). Mit der Wendung der hochschulpolitischen Debatte zu Bologna-Prozess und Exzellenz-Initiative sowie dem Erscheinen neuer Sprecherfiguren rücken die Parteien als relevante Akteure in den Hintergrund. Es treten die Universitätsangehörigen ins Rampen- licht, die in Zeitungen wie der SZ mit ihren überwiegend kritischen Ansichten zu Bologna-Prozess und Exzellenz-Initiative ein offenes Ohr finden. Diese Sprecher positionieren sich nicht mehr über die Markt- und Wettbewerbssemantik, die am Ende der 1990er Jahre von den Parteien forciert wurde. Für diese Sprecher geht es vielmehr darum, ihren ganz persönlichen Platz in der neoliberalen Bildungsgesell- schaft zu sichern – ihren Studien- und Arbeitsplatz.

1. **Konklusion: die semantischen und kommunikativen Dimensionen von Hegemonie**

Dieser Beitrag hat eine Subjektpositionenanalyse der parteipolitischen Diskus- sion über die Hochschulreform in Deutschland vorgenommen. In drei Schritten wurde der Pressediskurs analysiert, der von Mitte der 1990er Jahre bis 2010 zur Hochschulpolitik geführt wurde. In einem ersten explorativen, makroanalytischen Schritt wurden mit Computerunterstützung (Ingwer und Lexico 3) Verteilungen von Parteinamen gemessen und Momente hoher diskursiver Intensität festgestellt, die in einem zweiten mesoanalytischen Schritt zum Gegenstand computerunter- stützter Kodierungsstrategien wurden. Mit MaxQDA wurden Presseartikel aus den Jahrgängen 1997/98 sowie 2008/09 mit Blick auf Akteure und ihre Forderungen kodiert. In einem dritten, mikroanalytischen Schritt wurden schließlich einige exemplarische Textausschnitte mit Blick auf typische Sprecherkonfigurationen untersucht. Auf mikroanalytischer Ebene wurde insbesondere auf die Rolle des (journalistischen) Lokutors hingewiesen, der ungeachtet aller Objektivitätsansprü-

che notwendig das subjektive Sprechzentrum bildet. Vom Lokutor aus werden die Positionen und Beziehungen der expliziten und impliziten Sprecher der Aussagen bestimmt und die jeweiligen Figuren mit Sprech- und Handlungsvermögen aus- gestattet. Positionen und Akteure sind somit das Produkt einer diskursiven Praxis in einem sozialen Raum, in dem Diskursbeteiligte koordiniert werden.

Die Analyse zeigt eine Hegemonie der Markt- und Wettbewerbssemantik im Hochschulbereich um 1997, die von bestimmten Hochschulpolitikern aus der CDU und insbesondere aus der CSU forciert wird. Die FDP dagegen zeigt so gut wie kein eigenes Profil in der hochschulpolitischen Debatte und dient v.a. als Ob- jekt kritischer Positionierungen seitens einiger SZ-JournalistInnen, und zwar auf dem Höhepunkt der neoliberalen Hegemonie Ende der 1990er Jahre genauso wie später. Ungeachtet der großen Aufmerksamkeit, die die SPD im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahl genießt, tritt die SPD kaum mit einem eigenen gegen- hegemonialen Projekt hervor. Die SPD wird 1998 durch Akteure auf den unter- schiedlichsten politischen Ebenen geprägt und zeichnet sich durch den Versuch einer Vereinbarung von Unvereinbarem aus. Vor dem Hintergrund der Studieren- denproteste des Wintersemesters 1997/98 und mit der Verengung des komplexen hochschulpolitischen Katalogs auf die Frage der Studiengebühren konnte die SPD offenbar den Spagat zwischen dem affirmativen Beweis von »Regierungsfähigkeit« und der Hoffnung auf eine kritischen Alternative vollziehen. Die Grünen fahren im Kielwasser der SPD und setzen dabei gewisse eigene Akzente, etwa zur Studien- finanzierung. Im Lichte ihrer wenig eindeutigen kommunikativen Positionierun- gen ist es nicht überraschend, dass die SPD nach ihrem Wahlsieg von 1998 wenige eigene Positionen (beispielsweise zu den Studiengebühren) in der hochschulpoliti- schen Diskussion durchsetzen wird und in einigen Bereichen Positionen der unter- nehmerischen Programmatik übernimmt (man denke an die Exzellenzinitiative).

Die Ergebnisse unterstreichen, dass hegemonialer Wandel zunächst durch eine Verschiebung der Sprecherkonfigurationen signalisiert wird – wie sich dies etwa gut nach den Protesten von Hochschulangehörigen gegen die Hochschulre- formen 1998 und den Studierendenstreiks gegen den Bologna-Prozess ab 2008 ablesen lässt. Veränderte Sprecherbeziehungen können im Zuge der Etablierung eines neuen hegemonialen Projekts mit einem Wandel semantischer Felder ein- hergehen, die sich in veränderten Verteilungen von Wortformen niederschlagen. Doch auch dann wenn sich bestimmte Akteure mit ihren Namen in semantischen Feldern etablieren, zeigt dies noch nicht unbedingt den Erfolg eines hegemonialen Projekts an. Von einem hegemonialen Erfolg kann erst dann gesprochen werden, wenn die symbolischen Positionen, die in der massenmedialen Öffentlichkeit her- vorgebracht werden, zu Realitäten werden, die von den Akteuren des Felds nicht ignoriert werden können. So muss die Konstruktion von Subjektpositionen im öffentlichen Raum als Anfang eines längeren Prozesses gefasst werden, in dem sich bestimmte Positionen zu institutionellen Strukturen verfestigten, etwa durch die Verabschiedung von Gesetzen (die Novelle zum Hochschulrahmengesetz) oder den Aufbau neuer Programme und Institutionen (wie Akkreditierungsorganisatio- nen, Forschungsförderlinien, Evaluationszentren…). Ob bestimmte Positionen der hochschulpolitischen Debatte hegemonialen Erfolg haben, hängt demnach viel mit sozialen und politischen Dynamiken in Feldern zusammen, die nach anderen Re- geln als die Printmedien funktioniert. Die Frage, wie die symbolischen Positionen, die im massenmedialen Raum entstehen, zu institutionellen Positionen im hoch-

schulpolitischen Praxisfeld werden, ist jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags und unterstreicht die Notwendigkeit nach einer Kombination von unterschiedli- chen Forschungsansätzen.

**MaterialverzeIchnis**

Bannas, Günter (1997): Die FDP in der Falle der eigenen Taktik. Weil sich die Li- beralen als Einpunktpartei positioniert haben, spielen sie keine Rolle mehr. In: Süddeutsche Zeitung vom 25.3.1997

Pilgram, Jutta (1998): Die Uni und der Wahlkampf. In: Süddeutsche Zeitung vom 16.2.1998

Taffertshofe, Birgit (2008): Kaninchen für die Karriere. Studenten empfinden die Uni oft als ein großes Versuchslabor. In: Süddeutsche Zeitung vom 7.5.2008

**Literatur**

Agha, Asif (2005): Voice, Footing, Enregisterment. In: Journal of Linguistic An- thropology*,* 15 (1), 38-59

Althusser, Louis (1995): Sur la reproduction*.* Paris: Presses Universitaires de France Angermüller, Johannes (2007): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und

intellektuelles Feld in Frankreich*.* Bielefeld: transcript

Angermüller, Johannes (2010): Widerspenstiger Sinn. Skizze eines diskursanaly- tischen Forschungsprogramms nach dem Strukturalismus. In*:* Angermüller, Johannes/Dyk, Silke van (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernementalitäts- forschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt a.M.: Campus, 71-100

Angermuller, Johannes. (2013): How to become an academic philosopher. Acade- mic discourse as a multileveled positioning practice. In: Sociología histórica*,* 3, 263-289

Angermuller, Johannes (2014): Poststructuralist Discourse Analysis. Subjectivity in Enunciative Pragmatics*.* Basingstoke: Palgrave

Angermüller, Johannes/Scholz, Ronny (2013): Semantische und kommunikative Dimensionen diskursiven Wandels. Ein integrativer Ansatz zur Analyse der Makro- und Mikrostrukturen am Beispiel des Bologna-Diskurses. In*:* Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (Hg.): Linguistische Diskursanalyse. Opladen: VS, 287-318

Bachtin, Michail M. (1985): Probleme der Poetik Dostoevskijs*.* Frankfurt a.M.: Ull- stein

Benveniste, Émile (1974): Problèmes de linguistique générale. Band II*.* Paris: Gal- limard

Biber, Douglas/Conrad, Susan/Reppen, Randi (1998): Corpus Linguistics. Inves- tigating language structure and use*.* Cambridge: Cambridge University Press

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Bubenhofer, Noah (2009): Sprachgebrauchsmuster. Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse*.* Berlin: Gruyter

Bühler, Karl (1965): Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache*.* 2. Auf- lage. Stuttgart: Gustav Fischer [1934]

Butler, Judith (1997): The Psychic Life of Power*.* Stanford: Stanford University Press Castel, Philippe/Salès-Wuillemin, Edith/Lacassagne, Marie-Françoise (2011): Psy-

chologie sociale – communication – langage*.* Paris: De Boeck

Desrosières, Alain/Thévenot, Laurent (2002): Les catégories socioprofessionnelles*.*

Paris: La Découverte

Ducrot, Oswald (1984): Le Dire et le dit*.* Paris: Minuit

Edwards, Derek/Potter, Jonathan (1992): Discursive Psychology*.* London: Sage Ehlich, Konrad (2007): Sprache und sprachliches Handeln*.* Berlin: de Gruyter Fairclough, Norman (1992): Discourse and Social Change*.* Cambridge: Polity Press Foucault, Michel (1994): Archäologie des Wissens*.* 6. Auflage. Frankfurt a.M.:

Suhrkamp

Goffman, Erving (2005): Rede-Weisen: Formen der Kommunikation in sozialen Situationen*.* Konstanz: UVK

Gumperz, John (1982): Discourse Strategies*.* Cambridge: Cambridge University Press

Halliday, Michael A. K. (1978): Language As Social Semiotic*.* London: Edward Ar- nold

Harré, Rom/Davies, Bronwyn (1990): Positioning: The Discursive Production of Selves. In: Journal for the Theory of Social Behaviour*,* 20 (1), 43-63

Hermans, Hubert/Konopka, Agnieszka Hermans (2010): Dialogical Self Theory. Positioning and Counter-Positioning in a Globalizing Society*.* Cambridge: Cam- bridge University Press

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*.* 6. Auflage.

Münster: Unrast

Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*.* Wiesbaden: VS

Lacan, Jacques (1971): D’un discours qui ne serait pas du semblant*.* Paris: Seuil Laclau, Ernesto/Zac, Lilian (1994): Minding the Gap: The Subject of Politics. In:

Laclau, Ernesto (Hg.): The Making of Political Identities*.* London: Verso, 11-39 Lebart, Louis/Salem, André (1994): Statistique textuelle*.* Paris: Dunod

Leudar, Ivan/Nekvapil, Jirí (2004): Media dialogical networks and political argu- mentation. In: Journal of Language and Politics*,* 3 (2), 247-266

Macgilchrist, Felicitas (2011): Journalism and the Political: Discursive tensions in news coverage of Russia*.* Amsterdam: John Benjamins

Mattissek, Annika (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*.* Bielefeld: transcript

Mead, George Herbert (1967): Mind, Self & Society from the Standpoint of a Social Behaviorist*.* Chicago: University of Chicago Press

Nølke, Henning/Fløttum, Kjersti/Norén, Coco (2004): ScaPoLine. La théorie scan- dinave de la polyphonie linguistique*.* Paris: Kimé

Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«. Bielefeld: transcript

Rabatel, Alain (1998): La construction textuelle du point de vue*.* Lausanne: Delachaux et Niestlé

Sacks, Harvey (1986): On the Analyzability of Stories by Children. In*:* Gumperz, John/Hymes, Dell (Hg.): Directions in Sociolinguistics. The Ethnography of Communication. Oxford: Blackwell, 325-345

Schiffrin, Deborah (1994): Approaches to Discourse*.* Malden: Blackwell

Searle, John (1992): Speech acts. An Essay in the Philosophy of Language*.* Cam- bridge: Cambridge University Press

Strauss, Anselm (1959): Mirrors and Masks. The Search for Identity*.* Glencoe: Free Press

Teubert, Wolfgang (2010): Meaning, Discourse and Society*.* Cambridge: Cambridge University Press

van Leeuwen, Theo (2008): Discourse and Practice. New Tools for Critical Dis- course Analysis*.* Oxford: Oxford University Press

Wrana, Daniel (2012): Diesseits von Diskursen und Praktiken. In*:* Friebertshäuser, Barbara/Kelle, Helga/Boller, Heike/Bollig, Sabine/Huf, Christina/Langer, Ant- je (Hg.): Feld und Theorie. Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie. Opladen: Budrich, 185-200